

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE

und

Antwort

des Innenministeriums

Rechtsextreme Skinheads im Altkreis Leonberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen über die insbesondere im Altkreis Leonberg aktive rechtsradikale Skinheadszene vor und welche Ausschreitungen wurden aktenkundig?
2. Ist der Landesregierung bekannt, dass im Juni 2007 beim Rutesheimer Fleckenfest es zu gewalttätigen Ausschreitungen durch Rechtsradikale kam, bei denen drei Menschen mit Kopfwunden und Gehirnerschütterungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten und ein tätlicher Angriff auf eine Polizistin erfolgte?
3. Wie beurteilt sie die Informationspolitik, nach dem die Ausschreitungen erst viel später und durch Nachfrage der lokalen Presse bei der Polizei öffentlich wurden?
4. Besitzt die Landesregierung Informationen darüber, dass in der Vergangenheit bei ähnlichen Vorkommnissen von Seiten der Veranstalter massiver Druck auf die Lokaljournalisten wegen der Berichterstattung ausgeübt wurde und wie bewertet die Landesregierung dieses und mit welchen Maßnahmen wird sie zukünftig darauf reagieren?
5. Beabsichtigt die Landesregierung, Maßnahmen gegen die rechtsradikalen Gewaltausschreitungen zu ergreifen und wenn ja welche und wie werden die Öffentlichkeit und die Kommunen eingebunden?

02. 07. 2007

Dr. Murschel GRÜNE

Eingegangen: 02. 07. 2007 / Ausgegeben: 30. 07. 2007

1

Antwort

Mit Schreiben vom 24. Juli 2007 Nr. 3–1228.2/349 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Erkenntnisse liegen über die insbesondere im Altkreis Leonberg aktive rechtsradikale Skinheadszene vor und welche Ausschreitungen wurden aktenkundig?

Zu 1.:

Im Altkreis Leonberg ist eine niedrige zweistellige Personenzahl dem Spektrum rechtsextremistischer Skinheads zuzuordnen. Eine organisierte Skinheadszone existiert nicht. Allerdings ist bekannt, dass sich die dortigen Skinheads an Wochenenden in Gaststätten oder an privaten Örtlichkeiten zu gemeinsamen Treffen zur „Kameradschaftspflege“ verabreden. In unregelmäßigen Abständen nehmen sie auch überregional an Skinheadkonzerten teil. Rechtsextremistische Skinheadbands sind im Altkreis Leonberg nicht bekannt.

Außer den Ausschreitungen beim Rutesheimer Fleckenfest im Juni 2007 sind keine weiteren ähnlichen Vorfälle aktenkundig.

2. Ist der Landesregierung bekannt, dass im Juni 2007 beim Rutesheimer Fleckenfest es zu gewalttätigen Ausschreitungen durch Rechtsradikale kam, bei denen drei Menschen mit Kopfwunden und Gehirnerschütterungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten und ein tätlicher Angriff auf eine Polizistin erfolgte?

Zu 2.:

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 2007 kam es während des Rutesheimer Fleckenfestes zu insgesamt drei körperlichen Auseinandersetzungen, an denen zehn bis zwölf dem rechten Spektrum zuzuordnende Personen beteiligt waren. Nach bisherigen Erkenntnissen wurden drei Personen erheblich verletzt (u. a. Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung, Schädelprellung und Platzwunden) und im Kreiskrankenhaus Leonberg ambulant behandelt. Im Rahmen des polizeilichen Einschreitens wurde eine Polizeibeamtin umgestoßen. Verletzt wurde sie dabei nicht. Die Ermittlungen zur Aufklärung des Sachverhalts sind noch nicht abgeschlossen.

3. Wie beurteilt sie die Informationspolitik, nach dem die Ausschreitungen erst viel später und durch Nachfrage der lokalen Presse bei der Polizei öffentlich wurden?

Zu 3.:

Bei der Polizeidirektion Böblingen werden auch an Wochenenden alle Vorkommnisse gesichtet und auf Presserelevanz geprüft. Für das Wochenende des 23. und 24. Juni 2007 waren dies etwa 650 polizeilich relevante Sachverhalte.

Die Ermittlungen zum Rutesheimer Fleckenfest gestalteten sich insbesondere aufgrund der starken Alkoholisierung der Beteiligten schwierig. Gerichtsverwertbare Vernehmungen der Beteiligten waren bei den ersten Ermittlungen nicht möglich, sodass eine unklare Erkenntnislage bestand. Aufgrund der unzureichenden Informationslage und noch notwendiger Ermittlungen wurde zunächst keine Pressemitteilung veröffentlicht. Presseanfragen wurden mündlich beantwortet, der Sachverhalt damit öffentlich. Die Polizeidirektion

Böblingen beabsichtigt, nach Abschluss der Ermittlungen in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Stuttgart eine Pressemitteilung zu veröffentlichen.

4. Besitzt die Landesregierung Informationen darüber, dass in der Vergangenheit bei ähnlichen Vorkommnissen von Seiten der Veranstalter massiver Druck auf die Lokaljournalisten wegen der Berichterstattung ausgeübt wurde und wie bewertet die Landesregierung dieses und mit welchen Maßnahmen wird sie zukünftig darauf reagieren?

Zu 4.:

Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor.

5. Beabsichtigt die Landesregierung, Maßnahmen gegen die rechtsradikalen Gewaltausschreitungen zu ergreifen und wenn ja welche und wie werden die Öffentlichkeit und die Kommunen eingebunden?

Zu 5.:

Um rechtsextremistische Aktionen konsequent zu unterbinden, geht die Polizei bereits im Vorfeld unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten gegen Rechtsextremisten vor. Hierzu zählt insbesondere die ständige zielgerichtete Erkenntnisgewinnung und Auswertung, um Personen sowie Treff- und Sammelpunkte zu identifizieren sowie Personenzusammenhänge und Organisationsstrukturen aufzuhellen. Mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und den Kommunen wird ein permanenter Informationsaustausch praktiziert, um extremistische Veranstaltungen und Aktionen frühzeitig erkennen, bewerten und den von ihnen ausgehenden Gefahren begegnen zu können.

Ergeben sich im Vorfeld von Veranstaltungen Hinweise auf mögliche Gewalttätigkeiten, reagiert die Polizei mit starken Präsenzmaßnahmen auch unter Einbindung der Bereitschaftspolizei, um eventuelle Gewalteskalationen frühzeitig zu verhindern und die gegnerischen Gruppen konsequent zu trennen.

Bei Hinweisen auf einschlägige Veranstaltungen wie Skinheadkonzerte werden diese in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen nach Möglichkeit unterbunden oder bei entsprechendem Verlauf frühzeitig aufgelöst. In jedem Fall führt die Polizei unter Beachtung der rechtlichen Möglichkeiten umfangreiche Kontrollmaßnahmen durch. Durch die polizeilichen Maßnahmen ist es gelungen, von zehn geplanten Konzerten im Jahr 2006 fünf zu unterbinden oder aufzulösen.

Um zu vermeiden, dass sich Strukturen verfestigen, werden Treffpunkte, Aufenthalts- und Sammelorte von Rechtsextremisten überwacht sowie Razzien und lagebildorientierte landesweite Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen durchgeführt.

Bereits 2001 hat das Innenministerium Baden-Württemberg das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ mit der Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus „BIG-REX“ eingerichtet. Die BIG-REX spricht polizeilich bekannte Sympathisanten sowie Erst- und Mehrfachtäter an, um sie zum Ausstieg aus der rechten Szene zu motivieren und bei diesem Ausstieg zu unterstützen. Seit Beginn dieses Programms wurden 1.363 Personen der rechten Szene angesprochen, wobei 247 zu einem glaubhaften Ausstieg bewegt werden konnten.

Auf Landesebene werden die vielfältigen Präventionsaktivitäten durch das beim Innenministerium Baden-Württemberg eingerichtete Projektbüro Kom-

munale Kriminalprävention koordiniert. In diesem sind neben Vertretern des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Ministeriums für Arbeit und Soziales und des Justizministeriums auch die Kommunalen Landesverbände vertreten. Seitens des Projektbüros wurde die Thematik Rechtsextremismus bereits mehrfach aufgegriffen. So wurden beispielsweise die Erfahrungen mit dem Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ bei den Besprechungen der Jugend- und Sozialamtsleiter vorgestellt, um auf eine noch intensivere Verzahnung des Programms mit den Angeboten der Kommunen hinzuwirken.

Zudem sind im Ressortbereich des Innenministeriums insgesamt 258 Präventionsprojekte gegen Gewaltkriminalität registriert, die einen breiten thematischen Ansatz umfassen und nicht selten auch die Bereiche Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einbeziehen. Ausschließlich mit diesen beiden Themenfeldern befassen sich hiervon 23 Projekte.

Ferner hat das Landeskriminalamt in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der Polizei eine CD mit dem Titel „Extrem gegen das System“ für die zielgruppenspezifische Präventionsarbeit an Schulen entwickelt. Sie gibt Hinweise auf öffentliche Quellen und enthält Informationen über aktuelle Phänomene des Rechtsextremismus. Die CD trägt dazu bei, rechtsextremistische Tendenzen bei jungen Menschen frühzeitig zu erkennen und deren Einstieg in die rechte Szene zu verhindern. Sie wurde landesweit für die Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt und bietet Lehrern, Mitarbeitern von Kommunen, Polizeibeamten und anderen Multiplikatoren zielgruppenspezifische Vorträge, Diskussionsbeiträge sowie Anschauungs- und Unterrichtsmaterial zum Thema Rechtsextremismus.

Die auf Initiative des Innenministeriums Baden-Württemberg gestartete Kampagne „Wölfe im Schafspelz“ bietet bundesweit allen weiterführenden Schulen ein multimediales Informationspaket, um Schülerinnen und Schüler über das veränderte Erscheinungsbild und die Vorgehensweisen rechtsextremistischer Kreise aufzuklären. Auch der jugendgerechte Internetauftritt www.time4teen.de der Polizei Baden-Württemberg enthält wertvolle Informationen für Kinder und Jugendliche zum Thema Rechtsextremismus.

Durch die vom Innenministerium gestarteten Förderinitiativen „Zukunftsoffensive III – Junge Generation“, „Förderinitiative Jugendkriminalprävention“ und „Kriminalpräventive Modellprojekte“ wurden aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg rund 300 Präventionsprojekte im Kinder- und Jugendbereich mit insgesamt drei Millionen Euro gefördert. Hiervon befassen sich 67 Projekte mit dem Themenfeld Gewaltprävention, sozialer Kompetenz, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Initiativen wurden, zum Teil wiederholt, der Öffentlichkeit vorgestellt. Teilweise sind die Projektbeschreibungen auch im Präventionsinformationssystem unter www.praevis.de im Internet abrufbar.

Darüber hinaus konnten von der Polizei bei Vorträgen zur Gewaltprävention und teilweise auch zum politischen Extremismus im Rahmen des Programms „Herausforderung Gewalt“ in den Jahren 2005 und 2006 bei landesweit 18.395 Veranstaltungen insgesamt 418.372 Personen zielgruppenspezifisch mit Präventionsinhalten erreicht werden.

Rech
Innenminister